Nr. 586. — Zweites Blatt.

Verantwortl. Redakteur: R. O. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis:
in Stettin monatlich 50 Pf., mit Botenlohn 70 Pf.,
in Deutschland vierteljährlich 1 Mk. 50 Pf., mit Botenlohn 2 Mk.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 15. Dezember 1897.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thienes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Vierte ordentliche Generalsynode.

In der gestrigen Sitzung wurde ohne erhebliche Diskussion das Kirchengesetz, betreffend die mit der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen in Verbindung stehenden deutschen Kirchengemeinden außerhalb Deutschlands, in zweiter Berathung angenommen.

Es folgt der Bericht der 8. Kommission über das Kirchengesetz, betr. das Diensteinkommnen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen. Berichterstatter ist der Syn. Superintendent Felgenträger (Kreis Sangerhausen). Derselbe empfiehlt Annahme des Gesetzes.

Die zur Debatte gestellten Anträge der Kommission gehen dahin: 1. Generalsynode ertheilt dem Entwurfe eines Kirchengesetzes betreffend das Diensteinkommen der Geistlichen der evangelischen Landeskirche der älteren Provinzen in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung. 2. Generalsynode erklärt: Die Verhandlung und Annahme des Kirchengesetzes ist in der durch die Erklärungen der Vertreter des Kirchenregiments und der Staatsregierung und durch die der Kommission vorgelegte Denkschrift begründeten Voraussetzung erfolgt, „daß der evangelischen Landeskirche aus Staatsmitteln durch Staatsgesetz ein Betrag überwiesen wird, welcher zur Bestreitung der gemäß § 24 zu gewährenden Beihülfen behufs Deckung der den Kirchengemeinden aus dem Gesetze erwachsenden Lasten ausreicht, und daß eine spätere Erhöhung jenes Betrages im Falle steigenden Bedürfnisses nicht ausgeschlossen wird". 3. Die Generalsynode hält an der Auffassung fest, daß ohne eine allgemeine Erhöhung des Mindesteinkommens auf 2400 Mark die Nothlage der Geistlichen nicht beseitigt werden kann, und hat nur unter schweren Bedenken im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes zu Gunsten der älteren Geistlichen auf eine dementsprechende Abänderung desselben verzichtet. Sie ersucht deshalb den Evangelischen Oberkirchenrath, auf die Beschaffenheit der zu einer Aufbesserung des Mindestgehalts auf 2400 Mark erforderlichen Mittel Bedacht zu nehmen. 4. Die Generalsynode ersucht den Evangelischen Oberkirchenrath, bei der königl. Staatsregierung dahin zu wirken, daß ihm aus Staatsmitteln ein ausreichender Fonds überwiesen wird, der ermöglicht, den Superintendenten endlich eine ihrer Thätigkeit und den damit verbundenen Ausgaben entsprechende Funktionszulage und Bureaukosten-Entschädigung zu gewähren. 5. Die Generalsynode ersucht den Evangelischen Oberkirchenrath, dahin zu wirken, daß in dem zur Ausführung des Kirchengesetzes erforderlichen Staatsgesetze nicht die feste Vertheilung der ganzen für die evangelische Landeskirche der älteren Provinzen bereit zu stellende Summe unter die Konsistorien vorgeschrieben, sondern die Ueberlassung eines angemessenen Theiles derselben an den Evangelischen Oberkirchenrath behufs Ausgleichung etwaiger Fehlbeträge in einzelnen Konsistorialbezirken vorgesehen werde. 6. Die Generalsynode ersucht den Evangelischen Oberkirchenrath, bei der Ausführung des Kirchengesetzes dafür Sorge zu tragen, daß der Alterszulagekasse durch Gewährung eines Betriebsfonds aus Staatsfonds bereits unmittelbar nach dem Inkrafttreten des Kirchengesetzes die pünktliche Leistung sämtlicher ihr hiernach obliegenden Zahlungen ermöglicht werde. 7. Die Generalsynode spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die kgl. Staatsregierung im Hinblick auf die durch dieses Kirchengesetz erschwerte Gründung neuer Pfarrstellen erhöhte Mittel zur Dotirung derselben durch Staatsgesetz bereit stellen werde. 8. Die Generalsynode ersucht den Evangelischen Oberkirchenrath, bei der königlichen Staatsregierung die Bildung eines besonderen Fonds zur Unterstützung bedürftiger Geistlicher in Anregung zu bringen. 9. Die Generalsynode wiederholt den Beschluß bezüglich der Anrechnung der Militär-Dienstzeit, übergiebt eine Reihe hierauf bezüglichen Petitionen dem Evangelischen Oberkirchenrath als weiteres Material und spricht dabei die Erwartung aus, daß der nächsten Generalsynode der schon jetzt in Aussicht genommene, aber nicht eingebrachte Gesetzentwurf vorgelegt werde.

An die Anträge knüpft sich eine umfangreiche allgemeine und Sonderberathung. Die Bestimmungen über Alterszulage und die Satzungen betr. die Alterszulagekasse werden nach längerer Diskussion nach den Vorschlägen der Kommission genehmigt.

Um 5½ Uhr wird die Berathung unterbrochen und die Fortsetzung auf Mittwoch festgesetzt. Der Schluß der Generalsynode ist für Mittwoch Abend in Aussicht genommen.

Englischer Dünkel.

Nach englischen Blättern sollen bekanntlich bereits 400 Quadratmeilen im Umkreise von Kiaotschau unter deutsche Verwaltung gestellt sein und innerhalb dieses Bezirkes Steuern zu Gunsten der deutschen Kasse erhoben werden. Wir wissen nur, daß die Bucht, so auch die Stadt Kiaotschau in friedlicher Weise, ohne Schwertstreich und Blutvergießen von den deutschen Truppen besetzt worden ist. Ein soeben hier eingetroffenes Privattelegramm besagt weiter, daß an der ganzen Küste die chinesische Bevölkerung sich vollständig gleichgültig gegenüber dem Vorgehen unserer Marine verhalte.

Auch die Verhandlungen in Peking zwischen unserem Vertreter und der chinesischen Regierung scheinen sich ohne besondere Erregung abzuwickeln. Daraus könnte die englische Presse für sich die Lehre schöpfen, daß es vergebliche Liebesmühe ist, wenn sie durch immer neue Sensationsnachrichten in friedliche Verhandlungen störend einzugreifen sucht.

Noch seltsamer nehmen sich die Moralpredigten aus, zu denen sich ein Blatt wie „Standard" versteigt. Er meint, England mißgönne Deutschland seine geplante Erwerbung nicht, wie man auch über die internationale Moral, durch die sie in's Werk gesetzt werde, denken möge. Aber es werde Pflicht des englischen Kabinets sein, durch Sachverständige die politischen und kommerziellen Folgen der deutschen Besetzung Kiaotschaus feststellen zu lassen und deren Rathschläge zur Wahrung der britischen Interessen durchzuführen. Daß man in England frei von Mißgunst gegenüber einer überseeischen Erwerbung Deutschlands ist, wird ja immerhin von uns gern gehört, um so mehr, als wir bisher von dieser löblichen Eigenschaft unserer Namensvettern nur wenig zu merken hatten. Was aber die internationale Moral betrifft, so sollte man es an der Themse uns überlassen, unser Gewissen mit ihr abzufinden. Leute, die Jamesons Heldenritt in das Burenland sogar von ihrem Hofpoeten haben verherrlichen lassen, sind schlechte Moralprediger. Uns aber hat man bisher noch nicht eines Verstoßes gegen die internationale Moral überführen können.

Was den Rath betrifft, die kommerzielle Bedeutung der Besetzung Kiaotschaus durch Sachverständige prüfen zu lassen, so wird von deutscher Seite dagegen nichts einzuwenden sein; aber vielleicht wird man durch den verständigen Rath der englischen Blätter an eine eigene Unterlassungssünde erinnert. In Interessentenkreisen ist man bei uns nicht überall einverstanden gewesen mit der wohlwollenden Haltung, welche die deutsche Regierung gegenüber der Besetzung Egyptens durch die Engländer eingenommen hat. Vielleicht schicken auch wir einmal Sachverständige nach Egypten, um die Frage zu untersuchen, ob es wirklich dem politischen und wirthschaftlichen Interesse Deutschlands entspricht, die Besetzung Egyptens durch England noch fernerhin zu unterstützen, die sich gleichfalls mit Gründen der internationalen Moral nur schlecht rechtfertigen läßt. (Magd. Ztg.)

Aus dem Reiche.

Nach neuerer Bestimmung erfolgt die Ankunft des **Kaisers** in Thorn zur Einweihung der neu erbauten evangelischen Garnisonkirche am Dienstag, den 21. d. M., Vormittags, auf dem dortigen Stadtbahnhofe. — **Prinz Heinrich** empfing gestern Mittag in Kiel den Klosterpropst Grafen Reventlou-Preetz als Vorsitzenden des schleswig-holsteinischen Landtages, den Grafen Reventlow-Wittenberg, als Vertreter der schleswig-holsteinischen Ritterschaft, den Landesdirektor von Graba, sowie den Secrétaire interprète bei der Gesandtschaft in Peking, Frhrn. v. d. Goltz, und lud diese Herren zur Frühstückstafel ein; weitere Einladungen hatten erhalten der General-Superintendent Ruperti sowie der Geh. Regierungsrath Professor Schirren. — **Prinz Albrecht** und seine Gemahlin schwebten, wie dem „B. T." aus Braunschweig geschrieben wird, am Sonntag in Gefahr. Als das Prinzenpaar auf seiner gewohnten Spazierfahrt nach dem „Grünen Jäger" begriffen war, raste ihm in der Kastanienallee ein Gefährt entgegen, dessen Pferde scheu geworden waren. Die Vorderreiter des prinzlichen Wagens rissen die beiden ersten Pferde hastig zur Seite, wobei der Schwengel brach. Von den vier Pferden des prinzlichen Wagens mußten die beiden ersten ausgespannt und die Fahrt mit zwei Pferden fortgesetzt werden. — **Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein** erläßt folgendes **Dankschreiben:** Dem Komitee zur sofortigen Linderung der Noth in Schlesien sind sehr zahlreiche Gaben aus allen Theilen Preußens zugegangen. Landwirthe, vornehmlich aus Westfalen, sandten Feldfrüchte für die hart betroffenen Berufsgenossen; auch verhältnißmäßig unbemittelte Arbeiter und Arbeiterinnen schickten Geldbeträge; zu dem für die armen Ueberschwemmten veranstalteten Bazar haben viele Industrielle aus Schlesien und Berlin Erzeugnisse ihrer Industrien gespendet; kurz, es zeigte sich hier wieder in erfreulicher Weise, daß wirkliche Noth alle politischen Parteien und religiösen Bekenntnisse einig findet, sie zu lindern. Da es nun nicht möglich ist, jedem freundlichen Geber zu danken, möchte ich es auf diesem Wege thun. Berlin, im Dezember 1897. Ernst Günther, Herzog zu Schleswig-Holstein. — Zu dem gestrigen, vom Reichskanzler **Fürsten von Hohenlohe** zu Ehren des aus dem Amte geschiedenen Staatsministers **Dr. v. Böttticher** veranstalteten Festmahle hatten sämtliche Staatssekretäre und Staatsminister, der Chef des Geheimen Zivilkabinets Wirklicher Geheimer Rath Dr. von Lucanus, eine Anzahl Bundesrathsmitglieder, das Präsidium des Reichstags, der Chef der Reichskanzlei Geheimrath von Wilmowski u. A. Einladungen erhalten. Vor Beginn der Tafel wurden dem Staatsminister Dr. von Bötticher mit einer Ansprache des baierischen Bundesrathsbevollmächtigten Grafen Lerchenfeld-Köfering drei künstlerisch gearbeitete silberne Fruchtschalen überreicht, welche die Mitglieder des Bundesrathes ihrem langjährigen Vorsitzenden als Erinnerungsgabe gestiftet haben. Während der Tafel nahm der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe das Wort zu einem Toast auf den Staatsminister Dr. von Bötticher, welcher seinerseits in bewegten Worten dankte. Das Fest verlief in gehobenster Stimmung. — Eine Kundgebung gegen die Beschlüsse der Generalsynode wegen **Einschränkung der Lustbarkeiten** und Verschärfung der Vorschriften für Gast- und Schankwirthschaften veranstaltete am Montag der **Verein der Saalbesitzer Berlins und der Umgegend. Von sämtlichen Rednern wurde betont,** daß eine auch nur theilweise Verwirklichung der von der Synode gegebenen Anregungen für den gesamten Gastwirthsstand, besonders aber für die Saalbesitzer, eine schwere Schädigung bedeuten würde. Man beauftragte den Vorstand, gemeinsam mit den übrigen Gastwirthsvereinen geeignete Schritte gegen die Synodalbeschlüsse einzuleiten. Bereits in nächster Zeit sollen Protestversammlungen sämtlicher Gastwirthe Berlins und der Vororte in den verschiedenen Stadttheilen einberufen werden. In Sachen der Polizeistunde für Ball-Lokale hat der Verein der Saalbesitzer beschlossen, eine neue Petition an das Polizeipräsidium um Verlängerung der Tanzerlaubniß bis 3 Uhr früh zu richten. — Eine vom Alldeutschen Verband in Mainz veranstaltete Volksversammlung beschloß nach Befürwortung durch den Oberl.-Ger.-Präs. Görz **Sympathie-Adresse** an die deutschen Abgeordneten Oesterreichs.

Deutschland.

Berlin, 15. Dezember. Der Landeseisenbahnrath hat in seiner am 10. und 11. d. M. abgehaltenen Sitzung — der letzten der laufenden Wahlperiode — über verschiedene besonders wichtige Angelegenheiten berathen. In Uebereinstimmung mit seinem Ausschuß hat er eine allgemeine Herabsetzung der Eisenerzfracht, als im öffentlichen Interesse liegend, befürwortet. Als Ausgleichung zur Erhaltung des Wettbewerbes der Hochofenindustrie in Lothringen, Luxemburg und an der Saar ist eine Ermäßigung der Roheisenfracht für den Versandt von Lothringen und Luxemburg nach dem Ruhrbezirk und nach der Saar und eine weitere Ermäßigung des Ausnahmetarifs für Gießereiroheisen empfohlen. Zugleich ist die Staatseisenbahnverwaltung ersucht worden, Ermittelungen darüber anzustellen, ob im Falle der Einführung der vorgedachten Frachtermäßigungen eine weitere Herabsetzung des sogenannten Nothstandstarifs für nassauische Erze oder sonstige tarifarische Maßnahmen für andere Bezirke erforderlich seien. Der Landeseisenbahnrath hat ferner einen Ausnahmetarif für Blei in Blöcken, für Spiritus zur Ausfuhr nach der Schweiz und für Holz von Rußland nach den ostpreußischen Hafenplätzen zur Ausfuhr nach überseeischen außerdeutschen Ländern befürwortet. In der Frage der Herabsetzung der Frachten für Thomasphosphatmehl auf die Sätze des Kalitarifs ist ein Beschluß noch nicht gefaßt. Es wurden weitere Ermittelungen insbesondere über die Einwirkung derartiger Ermäßigungen auf die Superphosphatindustrie für erforderlich erachtet und die Angelegenheit an den Ausschuß zurückverwiesen. Ebenso hat der Landeseisenbahnrath sich dafür ausgesprochen, daß über die Frage, ob nicht eine Ermäßigung der Fracht für denaturirten oder zur Denaturirung bestimmten Branntwein angängig und aus wirthschaftlichen Gründen zu empfehlen sei, noch weitere Erhebungen angestellt würden. In den übrigen von der ständigen Tarifkommission vorberathenen Angelegenheiten ist der Landeseisenbahnrath im Wesentlichen den Beschlüssen dieser Körperschaft beigetreten.

— Die hochbedeutsamen programmatischen Erklärungen, welche der Staatssekretär des Reichsamts des Innern, Staatsminister Graf von Posadowsky, in seiner gestrigen Reichstagsrede formulirte, werden den lebhaftesten Anklang nicht nur bei den Arbeitgebern der Großindustrie, des Kleingewerbes des Handwerkerthums finden, sondern auch bei allen denjenigen, erfreulicherweise noch immer recht zahlreichen Arbeitern, denen die Erhaltung des Friedens an ihren Arbeitsstätten ehrlich und ernstlich am Herzen liegt. Man darf wohl sagen, daß die gestrige Programmrede des Grafen Posadowsky von allen jenen Kreisen unseres Volkes, deren wirthschaftliche Existenz im Boden der nationalen Arbeit wurzelt, als erlösendes Wort begrüßt wird, insofern sie gerade den Gedanken und Empfindungen Ausdruck leiht, welche schon seit Jahren in den Herzen aller dem praktischen Erwerbsleben nahe stehenden Männer unseres Volkes lebten und in dem sehnsüchtigen Verlangen gipfelten, daß endlich einmal von autoritativer Stelle eine ernste, entschiedene Absage an die grundsätzlichen Widersacher des Friedens und der Ordnung auf dem Gebiete der nationalen Arbeit gerichtet werde. Eine nähere, mehr ins Einzelne gehende Würdigung des Inhalts der Ausführungen des Herrn Staatssekretärs behalten wir uns vor.

— Die nationalliberale Fraktion des Reichstages hat gestern die Berathung der Militärstrafprozeßvorlage begonnen und wird sie heute fortsetzen. Die Vorlage hat nach der „Nat.-Lib. Korr." auf nationalliberaler Seite eine wohlwollende Aufnahme gefunden; denn man gebe sich der Hoffnung hin, daß es im Reichstag gelingen wird, unter verständnißvoller Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Heeresdisziplin und die Stellung der Kommandogewalt und unter sachgemäßer Abänderung der Bestimmungen, in denen die Vorlage den Bedürfnissen der modernen Rechtsprechung noch nicht genügend entspricht, einen Entwurf zu Stande zu bringen, der dem deutschen Heere eine einheitliche und berechtigte Wünsche zufriedenstellende Rechtsprechung zu schaffen vermag.

— Zu der von Herrn Bebel veranlaßten Bezugnahme des Staatssekretärs Tirpitz im Reichstag auf einen Brief des Fürsten Bismarck über die Flottenvorlage bemerken die „Hamb. Nachr.": „So viel wir wissen, billigt Fürst Bismarck nicht nur die Vorlage in vollem Umfange, sondern ist sogar der Ansicht, daß sie vom Standpunkt des Schutzes der überseeischen Interessen Deutschlands aus eher zu wenig als zu viel Kreuzer verlange."

— Aus dem Kultusministerium ist dem Zentralvorstande der deutschen Pharmazeutischen Vereinigung auf seine Eingabe, betreffend Einführung einer besonderen Dispensationsgebühr für die Nacht nachstehender Bescheid zugegangen: „Den mir unterm 4. November d. J. vorgelegten Antrag auf Einführung einer für den Nachtdienst geltenden besonderen Arzneitaxe vermag ich im Interesse der arzneibedürftigen Bevölkerung eine weitere Folge nicht zu geben, nachdem diese Frage seit Jahren wiederholt eingehenden Erörterungen unterzogen, die Nothwendigkeit einer solchen Einführung aber stets verneint worden ist. J. A.: gez. Bartsch."

— Von der Kommission gewerblicher Sachverständiger zur Erforschung der Produktions- und Absatzverhältnisse Ostasiens ist ein Mitglied, der Vertreter des Zentralvereins der deutschen Lederindustrie, Herr Fritz Reinhart aus Worms wieder in der Heimath angelangt. Herr Fritz Reinhart war, als die anderen Theilnehmer im Januar und Februar von Deutschland aus ihre Reise antraten, in Australien und stieß in Colombo zu der Expedition. Er hat in China sowohl wie in Japan an den Arbeiten der Kommission den thätigsten Antheil genommen und in den verschiedensten gewerblichen Zweigen Bericht erstattet. Auf der Rückreise erkrankte Herr Reinhart vor Singapore am Malariefieber, hat sich jedoch, wie die „Deutsche Gerber-Zeitung" meldet, durch einen mehrwöchigen Aufenthalt in Egypten soweit erholt, daß er die Reise nach der Heimath beenden konnte.

— In den letzten Wochen ist mehrfach auf die Nothwendigkeit hingewiesen worden, nähere Ermittelungen über die gewerbliche Beschäftigung der Kinder unter 14 Jahren anzustellen, und daran Maßregeln zum Schutze der Kinder zu treffen. Unlängst hat nun der Reichskanzler in dieser Angelegenheit ein Schreiben an die verbündeten Regierungen gerichtet, in dem es u. A. heißt: Es gewinnt den Anschein, als ob bei Anwendung der geltenden Bestimmungen nicht alle Mißstände beseitigt würden. So können nur die Arbeitsverhältnisse der in „Werkstätten" beschäftigten Kinder geregelt werden, und auch diese nur insoweit, als es sich um die Beschäftigung innerhalb der Werkstätten handelt. Auch ist die Regelung der Kinderarbeit nicht einmal in allen Werkstätten angängig. Andererseits wird der § 120c der Gewerbeordnung überall da versagen, wo die Kinder nicht zu einem Unternehmen in einem Vertragsverhältniß stehen, sondern ihren Angehörigen bei der diesen übertragenen Arbeit helfen. Eine zutreffende Beurtheilung aller hier einschlagenden Fragen ist nur möglich, wenn Klarheit darüber herrscht, in welchen Gewerbezweigen Mißstände bei der Beschäftigung von Kindern bestehen und welcher Art diese Mißstände sind. Das zur Zeit hierüber vorliegende Material gewährt nur ein unvollkommenes Bild. Es scheint daher erforderlich, dieses Material durch Erhebungen zu vervollständigen, welche sich auf das Alter der beschäftigten Kinder, die Art der Beschäftigung, die Dauer und Lage der Arbeitszeit, die Beschaffenheit der Arbeitsräume, sowie auf die rechtliche Natur des Arbeitsverhältnisses und die bei Beschränkung der Kinderarbeit in Betracht zu ziehende Höhe der Löhne zu erstrecken hätten und welche unter Ausschluß landwirthschaftlicher Thätigkeiten und des Gesindedienstes auf die gewerbliche Kinderarbeit, soweit sie außerhalb der Fabriken stattfindet, zu beschränken wären. Bei den in Aussicht genommenen Erhebungen beabsichtige ich die Kommission für Arbeiterstatistik zu betheiligen.

— Der Beschluß der Generalsynode, mit welchem diese an den Evangelischen Oberkirchenrath die Bitte gerichtet hat, dahin zu wirken, daß die deutsch-evangelische Gemeinde in Rom zur geeigneten Zeit sich in einem auch nach außen erkennbaren würdigen Gotteshause versammeln könne, erregt den hellen Zorn der „Germania". Dasselbe ultramontane Blatt, das fast in jeder Nummer Aufrufe bringt zu Beiträgen für Erbauung römisch-katholischer Gotteshäuser in bisher rein evangelischen Orten, bezeichnet es als eine Beleidigung der römisch-katholischen Kirche, wenn für die mehr als 4000 evangelischen Deutschen, die sich zeitweilig in Rom aufhalten, ein würdiges, wenn auch bescheidenes Gotteshaus erbaut werden soll. Dem Papst und der katholischen Kirche zum Trotz und Aerger, so schreibt die „Germania", soll eine evangelische Kirche gebaut werden. Es wird der „Germania" nicht unbekannt sein, daß die evangelischen Kirchen anderer Nationen wie England, Schottland, Amerika ihre Gotteshäuser dort haben und nur dem evangelischen Deutschland verargt das ultramontane Hetzblatt diesen berechtigten Wunsch. Hoffentlich wird grade diese neue Verunglimpfung des evangelischen Bekenntnisses und der unverhohlene Spott, mit welchem die „Germania" den Plan eines evangelischen Kirchenbaues in Rom behandelt, dazu dienen, in dem evangelischen Deutschland die Theilnahme für dieses Werk um so mehr zu steigern. Nicht dem Papste und der katholischen Kirche zum Trotz soll sich in Rom ein evangelisches Gotteshaus erheben, wohl aber — darauf darf die „Germania" sich verlassen — einem unduldsamen Ultramontanismus zum Trotz, der den Evangelischen in Rom wehren will, was die römischen Katholiken in bisher rein evangelischen Städten als ihr gutes Recht für sich in Anspruch nehmen.

— Der ehemalige Hofprediger Stöcker hat in der Generalsynode zwei neue schwere Niederlagen erlitten. Obwohl er noch in den Vorstand der Gruppe der Positiv-Unirten gewählt worden ist, hat ihn diese Gruppe doch nicht wieder als Stellvertreter für den Generalsynodalvorstand in Vorschlag gebracht. Der Kreis der Anhänger des ehrgeizigen Agitators lichtet sich also immer mehr; die Zeiten sind vorüber, in denen ihn die Generalsynode zum zweiten Vorsitzenden wählte, und bald genug dürfte er eine einsame und verfallene Größe sein. Eine weitere Niederlage holte er sich bei der Verhandlung über die sozialpolitische Agitation der Geistlichen. Der Präsident des Oberkirchenrathes Dr. Barkhausen trat ihm hierbei mit einer Entschiedenheit entgegen, die man an dem Haupte der evangelisch-kirchlichen Verwaltung nicht oft erlebt. Von besonderem Werthe war die Feststellung des Präsidenten des Oberkirchenrathes, daß der Erlaß vom Jahre 1895 nicht gegen einzelne Ausschreitungen von Geistlichen, sondern gegen den ganzen Geist der Zeit gerichtet sei, der auf die jüngeren unerfahrenen Geistlichen einen unheilvollen Einfluß ausgeübt habe. Die Synode lehnte mit überwiegender Mehrheit auch einen vermittelnden Antrag des ebenfalls in der christlich-sozialen Agitation stehenden Professors v. Nathusius ab, und Herr Stöcker mußte es schließlich noch erleben, daß sein früherer Gönner, der ehemalige Kultusminister und Minister des Innern v. Puttkamer, mit einem deutlichen Ruck sich von ihm lossagte. Das sind allerdings für einen Mann, der sich zum zweiten Reformator der evangelischen Kirche berufen fühlte, recht bittere Erfahrungen. Von seinen politischen und kirchlichen Freunden verlassen, das ist das Ende des einst so einflußreichen Hofpredigers.

— Der deutsche Bimetallistenbund war am Montag wieder einmal versammelt, um zur Währungsfrage Stellung zu nehmen. Was bei dieser Ausschußsitzung herausgekommen ist, braucht nicht weiter zu überraschen, es wurde zum so und so vielten Male der feierliche Beschluß gefaßt, daß die Hebung und Festlegung des Silberwerthes eine der bedeutsamsten wirthschaftlichen und sozialen Aufgaben aller Länder bleibe. Nachdem die englische Regierung einstimmig die Vorschläge der amerikanischen Silbermänner zurückgewiesen und auch die Oeffnung der indischen Münzstätten für die freie Silberprägung mit Entschiedenheit verweigert hat, kann es nur Leuten, wie den deutschen Vorkämpfern für das weiße Metall, in den Sinn kommen, die Tragweite des Entschlusses der englischen Regierung geflissentlich zu übersehen und der Welt vorzuspiegeln, daß Niemand als die Bankiers der City von London die Niederlage der Bimetallisten herbeigeführt hätten. Das Parlament und die Regierung in London werden ausdrücklich in Schutz genommen und es wird die Legende verbreitet, als ob diese maßgebenden Faktoren der englischen Gesetzgebung eigentlich auf der Seite des Bimetallistenbundes ständen. Es ist eine interessante Frage, wen man hier zu täuschen sucht. Das englische Unterhaus hat allerdings in diesem Frühjahr einen Beschluß gefaßt, der als ein Entgegenkommen gegen die bimetallistischen Wünsche aufgefaßt werden könnte aber in Wirklichkeit war er doch völlig nichtssagend. Und von der englischen Regierung wußten die Bimetallisten zu erzählen, daß der Staatssekretär Balfour seine Ministerkollegen völlig für seine Neigungen gewonnen habe. Das Sturzbad blieb nicht lange aus, die amerikanischen Unterhändler mußten ohne Ergebniß nach Hause ziehen, und die Währungsfrage ist heute weniger als je zweifelhaft. Demgemäß kann man mit Ruhe abwarten, wenn der deutsche Bimetallistenbund sich mit den bimetallistischen Vertretern der übrigen Staaten auf's neue dahin in's Vernehmen setzen will, welche Schritte unter den gegenwärtigen Umständen zur internationalen Regelung der Währungsfrage zu thun seien. Die Silbermänner haben schon so oft ihren Sieg vorausgesagt und sind dann so oft hereingefallen, daß man jeden neuen Schritt von vornherein als einen Schlag ins Wasser betrachten darf. Unter den heutigen wirthschaftlichen Verhältnissen kann man die Bimetallisten thun und treiben lassen, was sie wollen; auf absehbare Zeit wenigstens ist keine Aussicht vorhanden, daß die bewährten Münzverhältnisse Deutschlands einer Aenderung unterzogen werden, ganz besonders nicht, wenn andere Staaten den Uebergang zur Goldwährung vollziehen.

Weimar, 13. Dezember. Für gestern Nachmittag hatte der Bund der Landwirthe eine Versammlung einberufen, die einen stürmischen Verlauf nahm. Nachdem Redakteur Dr. Oertel-Berlin und Dr. Kreubel-Halle die angekündigten Vorträge unter lebhaftem Beifall gehalten hatten, kam es bei der Diskussion zu einem starken Tumult und dann zum vorzeitigen Schluß der Versammlung vor Erledigung der Tagesordnung. Der Sozialdemokrat Fischhändler Kettel-Weimar griff den ersten Redner als „gewerbsmäßigen Agitator" an, der für die „Ostelbier" gegen Bezahlung im Lande Propaganda mache. Weiter warf er Oertel vor, er habe die Margarine als schädlich bezeichnet. Wenn man 20 000 Mark Gehalt beziehe, brauche man sie freilich nicht zu essen; man solle sie aber auch nicht Anderen verekeln. Nun brach starker Lärm los; man widersprach von allen Seiten dem Redner, der aufgefordert wurde, die parlamentarischen Formen zu wahren. Ohne Rücksicht auf den Tumult setzte Kettel aber seine Ausführungen fort. Da er seine Tonart nicht änderte, steigerte sich der Unwille der Hörer, bis schließlich seine Entfernung aus dem Saale verlangt wurde. Dr. Oertel wies die Angriffe auf seine Person zurück und nannte einen „Hundsfott" den, der ihm zumuthe, daß er für Geld seine Ueberzeugung zu Markte trage. Als Kettel wieder das Wort erhielt, begann der Lärm von Neuem. Kettel bemerkte nun, er hätte oft in Arbeiterversammlungen gesprochen, aber so hätten sich die Arbeiter nicht betragen. Es sprachen dann noch zwei Personen gegen Kettel, worauf die Unruhe von Neuem begann und die Rufe „Raus!" sich mehrten. Alle Mahnungen, den Gegner ruhig sprechen zu lassen, fruchteten nichts und wurden von verschiedenen Seiten mit dem Rufe erwidert: „Wir wollen ihn nicht hören!" In dem Tumult griff der Vorsitzende den Zuruf auf Schluß der Besprechung auf, schloß diese und unmittelbar danach einem kurzen Schlußwort auch die Versammlung. Unerledigt blieben die Wahl eines Wahlkreisvorsitzenden und eines Stellvertreters, die Anträge aus der Versammlung, die Aufnahme neuer Mitglieder u. s. w.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. Dezember. In hohen Kreisen herrscht augenblicklich hier eine ziemlich lebhafte Bewegung. Unter dem Vorsitz des Kaisers haben heute militärische Berathungen begonnen, die drei Tage in Anspruch nehmen sollen. Auch sind die Statthalter von Böhmen, Galizien und Dalmatien nach Wien berufen worden. An die Ankunft des Statthalters Grafen Coudenhove knüpfte sich sofort das Gerücht, daß er seinen Posten verlassen sollte. Man nannte sogar den hier eingetroffenen dalmatinischen Statthalter David Edler von Schönfeld als seinen Nachfolger. Dies wird aber von guter Seite bestritten. Obgleich die Haltung des Grafen Coudenhove anläßlich der Prager Revolte durchaus keine zufriedenstellende war, versichert man doch jetzt, daß er vorläufig nicht von Prag abberufen werden soll. Ferner sind aus Graz der dortige Kommandirende, Feldmarschallieutenant Succowaty, und der Statthalter, Marquis von Bacquehem, hier eingetroffen. Gerüchtweise verlautet, dies hänge mit den jüngsten Grazer Demonstrationen zusammen. Immerhin erwartet man vielfach eine Verschiebung in der Besetzung der Statthalterposten. Die gegenwärtige Anwesenheit der verschiedenen Statthalter dürfte sich übrigens auch auf die Frage der Einberufung der Landtage beziehen.

Wien, 14. Dezember. Das „Armeeverordnungsblatt" veröffentlicht die Ernennung des Vizeadmirals Freiherrn von Spaun zum Marinekommandanten und Chef der Marinesektion.

Die „N. Fr. Pr." meldet: Die Ernennung des Grafen Dzieduszycki zum polnischen Landsmannminister sei bereits vollzogen. Die Ernennung dieses enragirten Föderalisten wäre entschieden eine Herausforderung der Deutschen.

Belgien.

Brüssel, 14. Dezember. Die „Independence" veröffentlicht eine sensationelle Unterredung mit dem japanischen Botschafter in Paris, Kurino. Derselbe stellte die baldige Theilung Chinas in Aussicht, weshalb Japan mit Rußland ein Uebereinkommen zur Wahrung der beiderseitigen Interessen im Theilungsfalle geschlossen hätte. Deutschland habe recht gethan, seinerseits rechtzeitig seine Interessen zu wahren.

Frankreich.

Paris, 14. Dezember. Deputirtenkammer. Im Laufe der Berathung des Budgets des Arbeitsministeriums interpellirte der Radikale Bertaux in Betreff der Ueberbürdung der Eisenbahn-Angestellten. Der Arbeitsminister Turrel zählte die Maßnahmen auf, welche getroffen seien, um eine Ueberbürdung zu verhindern, und erklärte, die Reglements würden befolgt. Die Kammer billigte mit 322 gegen 141 Stimmen die Erklärungen Turrels.

Sieben Mitglieder der von der Deputirtenkammer gewählten Panama-Kommission legten heute ihr Amt nieder, weil die Kommission es abgelehnt hatte, sich darüber tadelnd auszusprechen, daß von gewissen der Kommission vorgelegten Dokumenten der Presse Mittheilung gemacht worden ist.

In den Wandelgängen der Kammer lief das Gerücht um, der Generalzolldirektor Pallain sei für den Posten des Gouverneurs der Bank von Frankreich in Aussicht genommen.

Paris, 14. Dezember. Die Dreyfus-feindliche Presse ist unerschöpflich in immer neuen Erfindungen. So erzählt der „Jour" heute, Graf Münster habe sich vor sechs Tagen zu Hanotaux begeben und darauf gedrungen, daß Dreyfus humaner behandelt werde. In Folge dessen werde Dreyfus nach einer größeren Insel geschafft werden, wo er auch eine größere Hütte bekommen solle und wahrscheinlich auch leichter entweichen könne. Dasselbe Blatt erzählt, der Deputirte Josef Reinach habe vor einiger Zeit im Eisenbahnwaggon eine Mappe mit Schriftstücken vergessen. Darunter hätten sich Briefe Esterhazys befunden, an denen man Fälschungsversuche, die begonnene Einfügung anderer Worte 2c. habe konstatiren können. Reinach erklärte einem Redakteur des „Temps" lachend, er habe allerdings eine solche Mappe im Waggon liegen lassen, die Mappe habe aber nur gleichgültige Papiere und das bekannte Faksimile des Bordereaus enthalten.

Major Navary wird morgen die Untersuchung gegen Esterhazy schließen, so daß General Saussier schon Donnerstag den Endbeschluß, die Verweisung Esterhazy's vor ein Kriegsgericht, fassen kann. Das „Journal" bezeichnet die Verweisung als sicher.

Ungefähr 300 Studenten veranstalteten heute in der Ecole de droit eine Kundgebung und bewegten sich dann im Zuge durch die Straßen. Nachdem sie bereits in der Rue St. Jacques von der Polizei zerstreut worden waren, gelang es ihnen doch unter den Rufen „Zu Scheurer" über die Quais bis zur Place de la Concorde zu kommen, wo die Polizei sie abermals zerstreute.

Paris, 14. Dezember. Wie der „Temps" meldet, hat der Generalgouverneur für die westafrikanischen Kolonien für die Herkünfte aus dem französischen Sudan eine Quarantäne sowie Desinfektion der Passagiere und Waaren angeordnet.

Italien.

Rom, 14. Dezember. Das Kabinet Rudini-Zanardelli gilt als folgendermaßen gebildet: Rudini Vorsitz und Inneres, Visconti-Venosta Auswärtiges, Luzzatti Schatzministerium, Branca Finanzen, General San Marzano Krieg, Brin Marine, Zanardelli Justiz, Pavoncelli öffentliche Arbeiten, Gallo Unterricht, Guicciardini Ackerbau, Sineo Post. — Zum Kammerpräsidenten wird wahrscheinlich Biancheri gewählt. — Giolitti erklärte, er und alle seine Freunde würden ebenso wie Cavallotti vom ersten Tage an zur Opposition übergehen. — Sonnino, Baccelli, Fortis und die übrigen Freunde Crispis verbleiben in der Opposition.

Schweden und Norwegen.

Laut einer gestrigen Depesche aus Stockholm wurde am Montag der Ausbruch der Maul- und Klauenseuche auf einem Hofe festgestellt, welcher drei Kilometer von Edsby entfernt ist, wo unter dem Viehstande des Grafen Rosen dieselbe Seuche ausgebrochen ist. Bisher war diese Seuche auf Edsby beschränkt. Auf der neuen Seuchenstelle sind 50 Stück Vieh von der Krankheit befallen.

England.

In den Gebirgen der aufständischen indischen Grenzgebiete tritt der Winter ein, den englischen Operationen ist vorläufig ein Ziel gesetzt, und die Afridis haben damit einen schwerwiegenden Erfolg errungen, über den die großtönenden, zum Theil etwas falstaffisch anmuthenden Worte nicht hinwegtäuschen können, womit der Oberbefehlshaber General Lockhart sich an die Afridis wendet. Er hat nämlich unter dem 1. Dezember nachstehende Proklamation erlassen:

„Ich gehe fort vom Hochlande, weil der Schnee kommt und ich meine Truppen nicht in der Kälte zurücklassen will. Ich werde das Land der Afridis aber nicht verlassen. Im Gegentheil werde ich in Eurem Lande bleiben, bis Ihr Euch den von der Regierung gestellten Bedingungen gefügt habt. Ich werde Euch in Euren Niederlassungen während des Monats angreifen. Was immer böse Rathgeber Euch sagen mögen, ich sage Euch, daß die Afridis, welche die Engländer angreifen, Fliegen sind, die einen Löwen angreifen. Als alter Freund von vielen von Euch rathe ich Euch, Euch zu ergeben. Lasset Eure Weiber und Kinder in ihre Heimstätten zurückkehren."

Diese Drohungen und guten Rathschläge werden wohl wenig Eindruck auf die Afridis machen, wenn es die englischen Waffen bis jetzt nicht vermocht haben.

Amerika.

Washington, 14. Dezember. (Meldung des „Reuter'schen Bureaus".) Die republikanischen Mitglieder des Ausschusses für Mittel und Wege sind darin einig, keine Aenderung in den Zollbestimmungen der Dingley-Bill in der gegenwärtigen Session einzuführen; sie sind der Ansicht, daß man an dem Tarif nicht herumbessern dürfe.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 15. Dezember. Heute Morgen 7¾ Uhr gelang es, auf der Werft des „Vulkan" die chinesische Panzer-Korvette „Hay Chen" vollständig zu Wasser zu bringen.

— Nach einer neuerlichen Entscheidung des Ministers für Landwirthschaft ist es nicht zulässig, die zur Gewährung von Staatsbeihülfen zu den Einrichtungskosten neubegründeter bedürftiger ländlicher Spar- und Darlehnskassenvereine bestimmten Mittel auch zur Unterstützung älterer Vereine behufs theilweiser Deckung der aus den Jahresabschlüssen sich ergebenden Verluste zu verwenden. Ein Beschreiten dieses Weges, so heißt es in dem betreffenden Erlaß, würde nicht nur unübersehbare Ansprüche an die Staatskasse zur Folge haben können, sondern kann auch für die weitere Entwickelung des Genossenschaftswesens als heilsam nicht erachtet werden. Das Gefühl der eigenen Verantwortlichkeit und die Erkenntniß der Nothwendigkeit eines streng geschäftlichen Gebahrens würde bei den Leitern und Mitgliedern der Genossenschaften nur beeinträchtigt werden, wenn sie sich Aussicht machen dürften, bei eintretenden Verlusten auf die wohlwollende Hülfe des Staates rechnen zu können. Die hierin für eine gesunde Entwickelung des Genossenschaftswesens beruhende Gefahr überwiegt den Nachtheil, der etwa daraus entstehen möchte, daß bei Bekanntwerden der von einzelnen Vereinen gehabten Verluste das Zeitmaß der Neubildung von Genossenschaften etwas verlangsamt werden könnte.

— Im Ober-Post-Direktions-Bezirk Stettin wurden im Monat November 9071,70 Mark an Wechselstempelsteuer vereinnahmt; dazu aus den Vormonaten seit April 64 122,60 Mark, ergiebt zusammen 73 194,30 Mark, das ist 4764,20 Mark mehr als in demselben Zeitraum des Vorjahres.

— Im Verwaltungsbezirk Pommern wurden im Monat November 48 277 Hektoliter reinen Alkohols als Branntwein hergestellt, 16 351 Hektoliter wurden nach Entrichtung der Verbrauchsabgabe in den freien Verkehr gesetzt und 3237 Hektoliter zu gewerblichen und anderen Zwecken steuerfrei verabfolgt; am Schluß des Monats verblieben 22 351 Hektoliter in den Lagern und Reinigungsanstalten unter steuerlicher Kontrolle als Bestand.

— Aus Lyck in Ostpr. wird berichtet, daß sich die Frau des Rechtsanwalts S. aus Swinemünde, welche sich dort besuchsweise bei ihrer Mutter zur Kräftigung ihrer Gesundheit aufhielt, in einem Anfalle von Schwermuth von der Schloßbrücke in den See gestürzt und den Tod im Wasser gefunden hat.

— Der Spielplan des Stadttheaters für die nächsten Tage ist in folgender Weise aufgestellt: Donnerstag: Erstaufführung des Weihnachtsmärchens „Der Struwelpeter" bei ermäßigten Preisen; Freitag: Gastspiel Emil Götze, „Martha"; Sonnabend: Volksthümliche Vorstellung, „Emilia Galotti".

— Auf vielseitigen Wunsch wird im Bellevue-Theater am Freitag Sudermann's „Glück im Winkel" mit Herrn Direktor Resemann als „Röcknitz" bei kleinen Preisen wiederholt.

* Auf dem heutigen Wochenmarkte wurden für Fleisch folgende Preise erzielt: Rindfleisch: Keule 1,40, Filet 2,00, Vorderfleisch 1,20 Mark; Schweinefleisch: Kotelettes 1,50, Schinken 1,30, Bauch 1,10 Mark; Kalbfleisch: Kotelettes 1,60, Keule 1,50, Vorderviertel 1,20 Mark; Hammelfleisch: Kotelettes 1,50, Keule 1,40, Vorderfleisch 1,20 Mark; geräucherter Speck (ausgewogen) 2,00 Mark per Kilo. Geringere Fleischsorten waren 10—20 Pf. billiger. — Für Bratgänse wurden 48—53, für Fettgänse 60—63 Pf. per Pfund bezahlt.

* Im Hause Große Domstraße 20 wurden vorgestern früh zwei Arbeitsburschen im Alter von 18 bis 20 Jahren unter sehr verdächtigen Umständen angehalten und später wurde noch ein dritter, gleichaltriger Bursche verhaftet. Die vorgenommenen Durchsuchungen förderten verschiedene Gegenstände zu Tage, welche aus den Einbruchsdiebstählen in der Prütz'schen Konditorei und im Komtoir der Elysium-Brauerei herrühren, jedenfalls hat das Trifolium aber noch mehr derartige Thaten auf dem Gewissen, auch vermuthet man wohl nicht mit Unrecht, daß die Verhafteten, die Arbeitsburschen Brenzmann, Ziebell und Gode, einer weiterverzweigten Diebesbande angehören.

* Verhaftet wurde hier der blinde Drehorgelspieler Wegner wegen Sittlichkeitsverbrechens, Bedrohung und Widerstands.

* In einer der letzten Nächte wurde die Verkaufsbude vor dem Neubau Bollwerk 19 erbrochen und ein Korb Eier gestohlen. — Von einem Rollwagen des Spediteurs Böhm wurde in der Bellevuestraße eine Kiste mit Messingwaaren, gezeichnet G. M. 2050, und von einem anderen Gefährt desselben Spediteurs auf dem Wege von der Passauerstraße zum Kirchplatz, ein 10 Kilogramm schweres Faß Anchovis, gezeichnet T. B., 3310 entwendet.

Aus den Provinzen.

W **Pasewalk**, 14. Dezember. In dem zwischen hier und Prenzlau belegenen Dorfe Zerrenthin wurde heute Mittag bei einem Ochsen-Transport eines der Thiere wild und griff Menschen an; als er eben einen Arbeiter zu Boden gestoßen hatte, kam der Gendarmerie-Wachtmeister mit mehreren Leuten zu Hülfe und streckte Ersterer das wilde Thier durch mehrere gut gezielte Schüsse nieder.

§§ **Demmin**, 14. Dezember. Ueber das Vermögen des Schuhmachermeisters Johannes Günther hierselbst ist das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldungsfrist: 20. Januar.

§ **Köslin**, 14. Dezember. Der Bürgermeister Eckardt aus Ilmenau in Thüringen ist auf eine Amtsdauer von 12 Jahren zum Beigeordneten unserer Stadt gewählt.

—v. **Schlawe**, 14. Dezember. Die Eröffnungsfeier für die Kleinbahn Schlawe-Pollnow findet am Dienstag, den 21. d. Mts., statt. Bei der Ankunft des ersten Zuges in Pollnow vereinigen sich die Ehrengäste auf dem dortigen Bahnhofe zu einem Frühstück, während bei der Rückkehr in unserer Stadt ein Festessen stattfindet.

Gerichts-Zeitung.

* **Stettin**, 15. Dezember. Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts hatte sich heute der Steinträger Karl Fischer von hier wegen gefährlicher Körperverletzung und Widerstandes zu verantworten. Der Angeklagte war am Abend des 5. September aus dem Tanzlokal „Kaisergarten" in Alt-Torney entfernt worden, weil er dort Händel gesucht hatte. Draußen stieß F. auf den Kutscher Ehlert und schlug ohne jeden Anlaß mit einem starken eichenen Knüttel auf denselben los, wobei E. an der rechten Schläfe getroffen wurde. Der Mißhandelte brach sofort zusammen und es stellte sich bei ihm in Folge des Hiebes eine Gehirnerschütterung ein, welche ihn längere Zeit aus Bett fesselte. Eine Schutzmannspatrouille nahm die Verfolgung des F. auf, der sich in der Kastanienallee hinter einem Baum versteckt hatte. Als der eine Schutzmann ihn festnehmen wollte, wehrte er sich mit dem Knüttel, so daß der Beamte die Waffe gebrauchen mußte. Bei der vom Angeklagten bewiesenen Brutalität glaubte das Gericht auf eine erhebliche Strafe erkennen zu sollen und lautete das Urtheil auf zwei Jahre und einen Monat Gefängniß. Der Angeklagte wurde sofort verhaftet.

Berlin, 14. Dezember. Gegen den „Kladderadatsch" ist, wie hiesige Blätter melden, außer der Anschuldigung der Majestätsbeleidigung wegen des Bildes, das Friedrich den Großen als Soldaten und Christen betrifft, noch eine zweite Untersuchung wegen gleichen Vergehens eingeleitet worden. Die anstößige Notiz soll die „Schönheit des Apfelsinenordens" behandeln.

— Bezüglich der vielbesprochenen Konsistorial-Ordnung von 1573 hat neuerdings das hiesige Landgericht in dem Prozesse der Stadtgemeinde Berlin gegen die Simeonsgemeinde, im Gegensatze zur Entscheidung des Kammergerichts und des Reichsgerichts im Prozesse der Stadt mit der Johann.-Evangel.-Gemeinde, dahin entschieden, daß die Konsistorial-Ordnung von 1573 eine Verpflichtung der politischen Gemeinde zu Kirchenbauten überhaupt nicht ausgesprochen habe. Zugleich ist auf Zurückzahlung der, in Folge Resoluts des Polizei-Präsidiums von der Stadtgemeinde Berlin gezahlten 100 000 Mark erkannt worden

Kunst und Wissenschaft.

Berlin, 14. Dezember. Professor Rudolf Virchow hat für die ihm dargebrachten Kundgebungen folgendes Dankschreiben versandt: „Die letzten Monate des ablaufenden Jahres haben mir in Anlaß einiger für mich bedeutungsvoller Gedenktage von alten und neueren Freunden Zuschriften gebracht, die mir von ihrer liebevollen Anhänglichkeit die angenehmste Kunde gaben. Eine ungewöhnliche Häufung von Geschäften hat es mir unmöglich gemacht, ihnen persönlich zu erwidern; ich bitte, diesen etwas späten Ausdruck meiner Dankbarkeit als einen Beweis der Nachhaltigkeit ihrer Glückwünsche und meiner großen Freude darüber entgegennehmen zu wollen."

Hamburg, 14. Dezember. Anläßlich des heutigen hundertjährigen Geburtstags Heinrich Heine's sandte die hier lebende hochbetagte Schwester des Dichters, Frau Charlotte Embden, geborene Heine, eine kostbare Blumenspende nach Paris, welche am Grabe des Dichters niedergelegt wurde. Im „Hamb. Korr." dementirt Charlotte Embden die Mittheilung, daß Heine in seiner kurzen Kaufmannskarriere Bankerott gemacht hätte.

Wien, 14. Dezember. Dem „N. W. Tagbl." zufolge hat Marie Geistinger für Berlin ein zehnmaliges Auftreten abgeschlossen, das zwischen dem 25. Januar und dem 5. Februar stattfindet. Die Künstlerin wird im Wintergarten gastiren; sie bezieht für die Verpflichtung, an jedem Abend drei Gesangsnummern vorzutragen, 1000 Gulden per Abend, freie Reise und freie Station für sich und ihre Begleiterin.

Vermischte Nachrichten.

Köln, 14. Dezember. Wie die „Köln. Ztg." meldet, wollte in der Kaserne in Bitsch ein Gefreiter einen Sergeanten erschießen, als ein Unteroffizier hinzusprang und das Gewehr zur Seite schlug. Hierauf suchte der Gefreite sich selbst zu erschießen, aber auch dies wurde verhindert.

Dover, 14. Dezember. In den Offiziers-Quartieren im hiesigen Kastell brach heute ein größeres Feuer aus, das eine Zeit lang auch die Kriegsmagazine bedrohte; den Truppen gelang es, mit Unterstützung der Feuerwehr des Feuers Herr zu werden.

— Vom alten Marschall Radetzky weiß Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen in seinen mehrfach angeführten „Lebenserinnerungen" recht anschaulich zu erzählen. Als er ihn im Jahre 1856 in Verona kennen lernte, war der berühmte Greis schon ganz zusammengetrocknet. Seine Sprache aber war lebendig und klar. Seine unteren Augenlider waren gelähmt und hingen herunter, das innere Roth nach außen gekehrt und fortwährend thränend. Dadurch hatten seine Augen etwas Widerliches. Aber seine Sprache war so herzlich gewinnend und wohlwollend, daß man sich bald daran gewöhnte, wenn man mit ihm sprach . . . Er stand früh um 5 Uhr auf und schon um 6 Uhr empfing er die Adjutanten zur Erledigung der täglichen Geschäfte. Dann beschäftigte er sich mit den Angelegenheiten der Armee, die er befehligte, den ganzen Tag und schrieb die nöthigen Vorschriften für die Truppen eigenhändig . . . „Er hatte" — so erzählt Prinz Hohenlohe — „täglich Gäste bei Tische, zehn bis zwölf Personen. Vor Tische unterhielt er sich stehend mit jedem Einzelnen. Dann führte er die Vornehmsten zu Tisch. Da ich ein Fremder war, behandelte er mich als den Vornehmsten. Dies Führen bestand aber darin, daß er sich auf den Gefährten stützte, und zwar so mächtig, daß ich, besonders nach Tisch, ihn kaum halten konnte. Während der Tafel aß er immerzu, und die Unterhaltung ging lebhaft ohne Rücksicht auf ihn am ganzen Tisch durcheinander. Dabei folgte er allen Gesprächen zugleich und warf bald hier-, bald dorthin eine Bemerkung dazwischen, als: „Das war sehr komisch." — „Sie irren sich." — „Das war anders." — „Der hat Recht" u. s. w. Er liebte uns Preußen, aber Einen in Preußen konnte er nicht leiden, und machte daraus kein Hehl. Das war Wrangel. Dieser hatte einmal so gethan, als ob er der preußische Radetzky sei, und Radetzki fand da doch einen großen Unterschied . . . . Er aß von jeder Speise zweimal und es gab viel Speisen. Sie waren schlecht und unverdaulich gekocht. Am liebsten aß er Tiroler Knödel. Aber der Dr. Wurzian hatte sie ihm verboten, aus Besorgniß, er könne einmal plötzlich daran sterben. Also wurden diese Knödel nur Donnerstags auf den Tisch gebracht, denn am Donnerstag aß Dr. Wurzian nicht mit. Da freute sich der alte Herr schon seit Montag auf den Donnerstag und vertilgte von diesen harten Knödeln eine ganze gehäufte Schüssel voll. An Weinen wurde gewöhnlich nur der nach Tinte schmeckende Tiroler Landwein gegeben. Mir zu Ehren brachte man zum Braten noch einen Bordeaux auf den Tisch, der auch nicht anders schmeckte. Unterdessen gab der Kammerdiener Karl seinen Freunden auch ein Mittagessen, bei dem täglich Champagner getrunken ward. Kein Wunder, daß der Haushalt trotz der Einfachheit des Marschalls ungeheuer viel Geld kostete, und daß er immer Schulden hatte . . . Früher soll er auch viel Hazard gespielt haben, wie Blücher. Die ungerathenen Söhne und die Frau, von der er sich hatte scheiden lassen, haben ihm auch viel Geld gekostet. Daher kam es, daß die Kaiser Franz I. und Ferdinand ihm oft die Schulden bezahlen mußten. Im Jahre 1847 war Radetzky wieder einmal verschuldet, und man hatte dem Kaiser Ferdinand vorgeschlagen, ihm keine Schulden mehr zu bezahlen, sondern ihn zu verabschieden, weil das kein Ende nehme. Aber gegen alle Gewohnheit hatte Kaiser Ferdinand einen selbstständigen Willen gezeigt und befohlen, die Schulden zu zahlen. Als nun 1848 die Nachricht von Radetzky's Siegen eintraf, sagte der Kaiser: „Schaut's, jetzt war's doch gut, daß mer ihm noch a Mal die Schulden 'zahlt ham." . . . . Nach Tische schleppte sich der Marschall auf einen großen alten Lehnstuhl in seinen Salon, den die Gäste umstanden. Nach einiger Zeit gab sein lautes Schnarchen das Signal, daß man entlassen sei. Ein Jeder empfahl sich vor seinem Stuhl und jedes Kompliment wurde vom Hausherrn mit Kopfnicken und Schnarchen erwidert.

— Das Teintmittel der Kaiserin Eugenie ist ebenso einfach wie erfolgreich; denn bekanntlich besitzt die in hohem Alter stehende Dame noch jetzt einen frischen zarten Teint, die ihre Schönheit sprichwörtlich gemacht hat. Die Exkaiserin benutzt ausschließlich den Saft einer Zitrone, welcher mit einer reichlichen Messerspitze Salz gemischt wird. Hierzu kommt das Weiße eines Eies, von dem die Hälfte der besseren Mischung wegen zu Schnee geschlagen wird, und ein Theelöffel Eau de Cologne. Vor Schlafengehen wird die Haut tüchtig damit eingerieben.

Börsen-Berichte.

Stettin, 15. Dezember. Wetter: Aufklärend. Temperatur + 4 Grad Reaumur. Barometer 764 Millimeter. Wind: S.

Spiritus per 100 Liter à 100 Prozent loko 70er 36,50 bez.

Landmarkt.

Weizen 178—180. Roggen 132 bis 136. Gerste 140—146. Hafer 140 bis 143. Heu 2,50—3,00. Stroh 32—35. Kartoffeln 42—46 pro 24 Ztr.

Berlin, 15. Dezember. In Getreide 2c. fanden keine Notirungen statt.

Spiritus loco 70er amtlich 37,20 loco, 50er amtlich 56,50.

London, 15. Dezember. Wetter: Milde.

Berlin, 15. Dezember. Schluß-Kourse.

Preuß Consols 4%	102,70
do. do. 3½%	102,70
do. do. 3%	97,50
Deutsche Reichsanl. 3%	97,00
Pomm. Pfandbriefe 3½%	100,10
do. do. 3%	91,60
do. Neuländ.Pfdbr 3½%	99,75
3% neuländ. Pfandbriefe	91,60
Centrallandsch.Pfdbr.3½%	100 40
do. 3%	91,60
Italienische Rente	94 80
do. 3%Eisenb.-Oblig.	58,40
Ungar. Goldrente	102,50
Rumän. 1881er am. Rente	100,80
Serbische 4% 95er Rente	64 70
Griech. 5% Goldr. v. 1890	31,80
Rum. amort. Rente 4%	91,80
Mexikan. 6% Goldrente	96 70
Oesterr. Banknoten	168,95
Russ. Banknoten Cassa	216,55
do. do. Ultimo	216,75
Gr. Russ. Zollcoupons	323,50
Französische Banknoten	80,75
National-Hyp.-Credit-Gesellschaft (100) 4½%	96,00
do. (100) 4%	92,40
do. (100) 4%	90,00
do. unkb. b. 1905 (100) 3½%	—,—
Pr. Hyp.-A.-B. (100) 4% V—VI. Emission	100,50
Stett. Vulc.-Akt. Littr B.	175 50
Stett. Vulc.-Prioritäten	176,50
Stettiner Straßenbahn	149,00
Petersburg kurz	215,85
Warschau kurz	215,95

London kurz	—,—
London lang	—,—
Amsterdam kurz	—,—
Paris kurz	—,—
Belgien kurz	—,—
Berliner Dampfmühlen	136,75
Neue Dampfer-Compagnie (Stettin)	96,75
„Union", Fabrik chem Produkte	123,00
Barziner Papierfabrik	196,50
Stöwer, Nähmaschinen- u. Fahrrad-Werke	196 00
4% Hamb. Hyp.-Bank b. 1900 unk.	100,75
3½% Hamb. Hyp.-Bank unk. b. 1905	99,50
Stett. Stadtanleihe 3½%	99,70

Ultimo-Kourse:

Disconto-Commandit	199,50
BerlinerHandels-Gesellsch.	173,90
Oesterr. Credit	219,00
Dynamite Trust	—,—
Bochumer Gußstahlfabrik	202 60
Laurahütte	179,60
Harpener	190,00
HiberniaBergw.-Gesellsch.	205,00
Dortm. Union Littr. C.	96 50
Ostpreuß. Südbahn	95,10
Marienburg-Mlawkabahn	83,40
Norddeutscher Lloyd	104 5
Lombarden	33,80
Franzosen	141,50
Luxemb. Prince-Henribahn	112,00

Tendenz: Fest.

Paris, 14. Dezember, Nachm. (Schlußkourse.) Fest.

	14.	13.
3% Franz. Rente	103 87	103,87
5% Ital. Rente	96,50	96,25
Portugiesen	20,70	20,70
Portugiesische Tabaksoblig.	474,00	472,00
4% Rumänier	92 50	—,—
4% Russen de 1889	—,—	—,—
4% Russen de 1894	—,—	66,25
3½% Russ. Anl.	—,—	—,—
3% Russen (neue)	94,45	94 50
4% Serben	66,60	66,70
4% Spanier äußere Anleihe	61,00	60,87
Convert. Türken	22,02½	22,05
Türkische Loose	110 50	110,00
4% türk. Pr.-Obligationen	455,00	453,00
Tabacs Ottom.	320,00	319,00
4% ungar. Goldrente	103,68	103,62
Meridional-Aktien	696,00	696,00
Oesterreichische Staatsbahn	715,00	713,00
Lombarden	—,—	180,00
B. de France	3780	3770
B. de Paris	882,00	880,00
Banque ottomane	567,00	565,00
Credit Lyonnais	793 00	792,00
Debeers	739,00	738,00
Langl. Estat.	100,00	100,00
Rio Tinto-Aktien	634,00	633,00
Robinson-Aktien	210,50	210 00
Suezkanal-Aktien	3277	3267
Wechsel auf Amsterdam kurz	206,75	206,75
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122,37	122,37
do. auf Italien	4,37	4,25
do. auf London kurz	25,23½	25,23
Cheque auf London	25,25½	25,25
do. auf Madrid kurz	371,40	371,40
do. auf Wien kurz	207,12	207,00
Huanchaca	38,00	38,50
Privatdiskont	—,—	—,—

Hamburg, 14. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 30,75, per März 31,50, per Mai 32,00, per September 32,75.

Hamburg, 14. Dezember, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker 1. Produkt Basis 88% Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg, per Dezember 9,30, per Januar 9,35, per Februar 9,45, per März 9,55, per Mai 9,67½, per Juli 9,77½. Behauptet.

Bremen, 14. Dezember. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleum-Börse.) Loko 4,95 B. Schmalz fest. Wilcox 24¼ Pf., Armour shield 25 Pf., Cudahy 26¼ Pf., Choice Grocery 26¼ Pf., White label 26¼ Pf. Speck fest, unv. Short clear middl. loko —. Reis ruhig.

Amsterdam, 14. Dezember. Bancazinn 37,50.

Amsterdam, 14. Dezember. Java-Kaffee good ordinary 37,00.

Amsterdam, 14. Dezember, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine ruhig, per März —,—, per Mai 214,00. Roggen loko —, do. auf Termine ruhig, per März 130,00, per Mai 128,00, per Juli —,—. Rüböl loko —,—, per Mai —,—, per Dezember —,—.

Antwerpen, 14. Dezember, Nachmittags 2 Uhr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 14,50 bez. u. B., per Dezember 14,50 B., per Januar 14,75 B. Ruhig.

Schmalz per Dezember 53,25. Margarine —,—.

Antwerpen, 14. Dezember. Getreidemarkt. Weizen weichend. Roggen ruhig. Hafer behauptet. Gerste behauptet.

Paris, 14. Dezember, Nachm. Rohzucker (Schlußbericht) ruhig, 88% loko 28,00 bis 28,50. Weißer Zucker beh., Nr. 3 per 100 Kilogramm per Dezember 31,37, per Januar 31,62, per März-Juni 32,25, per Mai-August 32,75.

Paris, 14. Dezember, Nachm. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen behauptet, per Dezember 29,75, per Januar 29,60, per Januar-April 29,15, per März-Juni 28,60. Roggen ruhig, per Dezember 18,25, per März-Juni 18,50. Mehl beh., per Dezember 61,35, per Januar 61,25, per Januar-April 61,10, per März-Juni 60,40. Rüböl ruhig, per Dezember 57,75, per Januar 57,75, per Januar-April 58,00, per Mai-August 57,00. Spiritus behauptet, per Dezember 45,00, per Januar 44,75, per Januar-April 44,50, per Mai-August 43,25. — Wetter: Nebelig.

Havre, 14. Dezember, Vorm. 10 Uhr 30 Min. (Telegramm der Hamburger Firma Peimann, Ziegler & Co.) Kaffee Good average Santos per Dezember 37,25, per Januar 37,50, per März 38,00. Kaum behauptet.

London, 14. Dezember. Kupfer. Chilibars good ordinary brands 48 Lstr. 10 Sh. — d. Zinn (Straits) 62 Lstr. 15 Sh. — d. Zink 18 Lstr. 2 Sh. 6 d. Blei 12 Lstr. 15 Sh. — d. Roheisen. Mixed numbers warrants 44 Sh. 11 d.

London, 14. Dezember. Chili-Kupfer 48,37, per drei Monate 48,75.

London, 14. Dezember. 96proz. Javazucker 10,75 fest. Rüben-Rohzucker loko 9$\frac{5}{16}$ ruhig. Centrifugal-Kuba —,—.

London, 14. Dezember. An der Küste 1 Weizenladung angeboten.

Hull, 14. Dezember. Getreidemarkt. Englischer Weizen ½ Sh. höher, fremder stetig. Wetter: Schön.

Liverpool, 14. Dezember. Getreidemarkt. Weizen ½—1 d. niedriger, Mehl stetiger, Mais ruhig, schwächer. — Wetter: Schön.

Glasgow, 14. Dezember, Nachm. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 44 Sh. 10½ d. Warrants Middlesborough III. 40 Sh. — d.

Petersburg, 14. Dezember. Weizen loko 11,70 bis —,—, Roggen loko 6,70 bis —,—, Hafer loko 4,70, Leinsaat loko 11,50 bis —,—. Hanf loko —,—, Talg loko —,—. — Wetter: Veränderlich.

Newyork, 14. Dezember. (Anfangskourse.) Weizen per Mai 93,25. Mais per Mai 33,87.

Newyork, 14. Dezember, Abends 6 Uhr.

	14.	13.
Baumwolle in Newyork	5,87	5,87
do. Lieferung per Januar	—,—	5,72
do. Lieferung per März	—,—	5,79
do. in Neworleans	5,25	5,25
Petroleum, raff. (in Cases)	5,95	5,95
Standard white in Newyork	5,40	5,40
do. in Philadelphia	5,35	5,35
Credit Balances at Oil City Jan.	65,00	65,00
Schmalz Western steam	4,65	4,65
do. Rohe und Brothers	3,95	4,85
Zucker Fair refining Moscovados	3,50	3,37
Weizen kaum stetig.		
Rother Winterweizen loko	97,75	98,50
per Dezember	96,75	97,25
per Januar	96,50	97,12
per März	—,—	—,—
per Mai	92,75	93,25
Kaffee Rio Nr. 7 loko	6,62	6,62
per Januar	5,75	5,85
per März	5,90	5,90
Mehl (Spring-Wheat clears)	3,95	4,00
Mais stetig.		
per Dezember	31,75	31,87
per Januar	—,—	—,—
per Mai	33,87	33,87
Kupfer	10,90	10,90
Zinn	13,70	13,70
Getreidefracht nach Liverpool	4,00	4,00

Chicago, 14. Dezember.

	14.	13.
Weizen kaum stetig, Dezember	97,50	99,50
per Januar	92,75	93,25
Mais stetig, per Dezember	25,12	25,37
Pork per Dezember	7,45	7,42½
Speck short clear	4,62½	4,62½

Wasserstand.

* **Stettin**, 15. Dezember. Im Revier 5,42 Meter = 17' 3".

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 15. Dezember. Der „Zentralverein der Konservativen vor dem Potsdamer Thor" beschäftigte sich gestern mit den Wahlen im Jahre 1898 und die Stellung der staatserhaltenden Parteien. Referent Rechtsanwalt Viebig vertrat den Standpunkt, daß da, wo ein Wahlkreis von der Sozialdemokratie gefährdet sei, ein mittelparteilicher Kandidat aufgestellt werden muß, der bei einer Stichwahl die Stimmen der übrigen Parteien gegen den Sozialdemokraten auf sich vereinige. Von der Aufstellung extremer Kandidaten müsse abgesehen werden. Redner befürwortete eine möglichst starke Flotte, dem Kaiser müsse man für seine diesbezüglichen Bestrebungen Dank wissen. Die Konservativen seien ferner für die Entschädigung unschuldig Verurtheilter und für die Aenderung des Wiederaufnahmeverfahrens. Die Landwirthschaft solle das Verlangen nach Doppelwährung fallen lassen. Im Weiteren protestirte die Versammlung gegen die Errichtung eines Denkmals für die Märzgefallenen. Ferner wurde an den Prinzen Heinrich ein Sympathietelegramm gesandt. Reichstagsabgeordneter v. d. Gröben sprach sodann scharf gegen die Sozialdemokratie und führte aus, die Konservativen könnten sich mit dem öffentlichen Verfahren im Militärstrafprozeß nicht befreunden, die Regierung werde bei ihnen in dieser Hinsicht auf Widerstand stoßen. Persönlich ist Redner, wie er im Weiteren sagte, für Umwandlung des Wahlrechts in Wahlpflicht. Rechtsanwalt Ulrich warnte dringend vor der Auffrischung des Kartells, rieth aber den Konservativen an, die Fühlung mit der deutsch-sozialen Reformpartei aufrecht zu erhalten.

Prag, 15. Dezember. Die Prager Gastwirthe beschlossen einstimmig, eine Petition an die Regierung zu richten, damit ihnen die Erwerbs- und Einkommensteuer erlassen werde. Für den Fall, daß die 10-Uhrsperrstunde nicht bald aufgehoben werde, sollen alle Gasthäuser der Stadt schließen, ihr Personal entlassen und die Zinszahlungen verweigern.

Brüssel, 15. Dezember. Die Polizei verhaftete gestern Abend drei Falschmünzer, welche einer internationalen Bande angehören.

London, 15. Dezember. Der Berliner Korrespondent des „Daily graphic" sagt, daß die Nachricht, nach welcher England sich verpflichtet hätte, sich in die deutsche Politik in China nicht einzumischen, unter der Bedingung, daß Deutschland die englische Politik in Egypten unterstütze, jeder Begründung entbehre.

Kanea, 15. Dezember. Die Führer der Aufständigen haben den Admiralen eine Adresse übergeben, in welcher sie gegen die den Mächten zugeschriebene Absicht protestiren, die Oberherrschaft des Sultans aufrecht zu erhalten.

Newyork, 15. Dezember. Man meldet aus Port au Prince, daß die Italiener Vorbereitungen treffen, zwei Kriegsschiffe nach Haiti zu senden, um Genugthuung zu fordern für die Beschlagnahme und den Verkauf eines italienischen Schiffes und für die unbestraft gebliebene Ermordung eines italienischen Unterthans.

Newyork, 15. Dezember. Nach einer Nachricht aus Havanna hat General Panda den Führer Gomez mit 200 Aufständigen gezwungen, in die Berge zu flüchten.

Newyork, 15. Dezember. Wegen des plötzlichen Ablebens der Mutter des Präsidenten blieben gestern die Geschäfte und Magazine geschlossen. Der Senat und die Kammer hielten nur kurze Sitzungen ab.